

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Windkraft – nur mit den Bürgern, nur für die Bürger

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im Bundesrat einen Antrag einzubringen mit dem Ziel, die in § 249 Abs. 3 BauGB benannte Frist auf den 31.12.2017 hin zu verlängern,
2. die Anforderungen an die Schallausbreitungs- und Geräuschprognose bei der Genehmigung von Windkraftanlagen in der Weise zu verschärfen, dass in Zukunft Nachweise jeweils binnen 3 Monaten ab Inbetriebnahme zu liefern sind, wobei diese auf Kosten des Anlagenbetreibers vorsorglich auch auf Infraschallbelastung zu erweitern und so durchzuführen sind, dass mittels moderner Messmethoden Echtwertermittlungen erfolgen.

Begründung:

Zu Punkt 1:

Unabhängig vom laufenden Volksbegehren „Rettet Brandenburg“ ist eine Initiative zur Verlängerung der Länderöffnungsklausel absolut geboten und zeitgemäß. Im Zuge der zahlreichen Debatten in verschiedenen Landtagssitzungen im Jahr 2015 wurde von Vertretern jener Fraktionen, die dem Vorhaben kritisch gegenüberstanden, immer wieder betont, dass der Verweis auf die bayerische Regelung nicht taue, da diese ohnehin „demnächst“ durch den dortigen Verfassungsgerichtshof als unzulässige Verhinderungsplanungsklausel kassiert werden würde. Am 09.05.2016 hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof geurteilt und die Argumente der Kläger, die identisch mit denen der in Brandenburg ablehnenden Fraktionen waren, zurückgewiesen. Die bayerische 10H-Regelung wurde für verfassungskonform befunden. So führt das Gericht aus, dass durch die 10H-Regelung der räumliche Anwendungsbereich für den Privilegierungstatbestand zwar eingeschränkt, dieser aber nicht beseitigt wird.¹ Diese Feststellung trifft der Bayerische Verfassungsgerichtshof trotz dessen, dass in Bayern mit 181 Einwohnern je Quadratkilometer eine mehr als doppelt so hohe Bevölkerungsdichte wie in Brandenburg (84 E/km²) gegeben ist. Das Risiko, dass durch eine 10H-Regelung weite Flächen ausgeschlossen werden, ist in Bayern wesentlich begründeter als in Brandenburg, dennoch hat das höchste dortige Gericht die Be-

¹ Urteil vom 09.05.2016: Akt.-Z.: Vf. 14-VII-14; Vf. 3-VIII-15, Vf. 4-VIII-15

stimmung für zulässig befunden. Die Annahme, dass eine brandenburgische 10H-Regelung ohne Weiteres als unzulässig eingestuft werden würde, ist unhaltbar. Dies zumal, wenn man bedenkt, dass in Bayern derzeit rund 1.000 Windkraftanlagen, in Brandenburg hingegen etwa 3.500 stehen. Von einer Aushöhlung des bundesgesetzlichen Privilegierungstatbestandes kann somit keine Rede sein.

Zugleich ist mittlerweile unstrittig, dass ein weiterer Windkraftausbau gerade in Brandenburg weder eine Energiewende begünstigen, noch irgendeine Versorgungssicherheit mit sich bringen würde.² Schon heute vermag die Windkraft an windreichen Tagen den gesamten Energiebedarf Brandenburgs und Berlins zu decken, für windarme Tage oder gar Wochen kommt mangels Speichermöglichkeiten eine Aufbewahrung nicht in Betracht.³ Für einen Export fehlen kurz- und mittelfristig Netzkapazitäten und langfristig potentielle Abnehmer, was die Landesregierung in ihrer Planung jedoch bisher nicht angemessen berücksichtigt. Ein weiterer Ausbau würde somit unmittelbar zu einer volkswirtschaftlich sinnlosen Überproduktion führen. Dieser Befund wird verschärft durch die Tatsache, dass die Landesregierung nach eigenem Bekunden keine Kenntnis über die Ausbauziele anderer Bundesländer hat und somit eine bundesweite Überproduktion massiv beflügelt und soz. „ins Blaue hinein“ plant.⁴

Zur Bemessung eines angemessenen Abstandes ist zu beachten, dass die Beeinträchtigung für die Wohnbevölkerung (sowohl in gesundheitlicher als auch baunutzungsrechtlicher Hinsicht) unzweifelhaft mit der Höhe der Anlagen zusammenhängt. Die Festschreibung einer von der Anlagenhöhe unabhängigen Abstandsgröße ist somit nicht hilfreich bzw. ausreichend. Zu beachten ist nämlich, dass die neuesten Anlagen weit über 120 Meter Nabenhöhe und über 200 Meter Gesamthöhe aufweisen. Nach der Mehrzahl medizinischer Studien kann nur die Beachtung eines 10-fachen Abstandes die gebotene gesundheitliche Sicherheit garantieren. Beispielhaft sei hierzu neben dem Ausbaustopp in Dänemark auf die Abstandsempfehlung des Nationalen Gesundheitsinstituts PZH in Polen verwiesen.⁵ Es genügt auch nicht, den Abstand nur zu reinen Wohngebieten vorzuschreiben, da diese bauplanungsrechtlich recht selten vorkommen.

Eine Bundesratsinitiative ist erforderlich, um die Möglichkeit der bundesgesetzlichen Wiederbelebung der Länderöffnungsklausel anzustoßen. Aufgrund der mangelnden Abstimmung zwischen den Bundesländern zu den jeweiligen Ausbauplänen sollte schon aus allgemeinem Interesse die Frist für diese Öffnungsklausel nicht zu kurz bemessen sein. Deswegen wird der 31.12.2017 vorgeschlagen.

Dadurch sollte auch der Bundeswirtschaftsminister in seinem Vorhaben, den Ausbau der Windkraftanlagen zu bremsen⁶, unterstützt werden, wobei dieses Vorhaben nicht auf westdeutsche Bundesländer beschränkt bleiben sollte.

² siehe Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit bei Windkraftanlagen“ April 2015, Drucksache 6/1144, Frage 13

³ siehe Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit bei Windkraftanlagen“ April 2015, Drucksache 6/1144, Frage 9: Die einzige aufgeführte mögliche Technologie liefert keine Elektrizität, sondern lediglich Wärme.

⁴ siehe Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Planungen zum Energieexport aus Brandenburg“ April

2016, Drucksache 6/3853, Fragen 1-4

⁵ <http://www.pzh.gov.pl/en/position-of-the-national-institute-of-public-health-national-institute-of-hygiene-on-wind-farms/>

⁶ <http://www.n-tv.de/wirtschaft/Gabriel-tritt-auf-die-Windenergie-Bremse-article17770891.html>

Zu Punkt 2:

Aufgrund des massiven Ausbaus in Brandenburg ist die gesellschaftliche Akzeptanz für erneuerbare Energien in der Nachbarschaft bereits im Jahr 2012 am geringsten von allen Bundesländern ausgeprägt gewesen.⁷ Dieser Zustand hat sich seit der Steigerung der Maschinenleistungen und der damit verbundenen Erhöhung der Anlagen massiv verschärft. Zahlreiche Bürgerinitiativen und Einwohner im Umfeld von WKA klagen über dauerhaften Lärm und über Schlafstörungen, Schwindelgefühl, Tagesmüdigkeit, Leistungseinbußen, Lernschwierigkeiten bei Kindern, Gleichgewichtsstörungen, Tinnitus, Depressionen, Panikattacken, Bluthochdruck usw. Im Schlüsselkatalog der Internationalen Klassifikation der Krankheiten und Gesundheitsprobleme (ICD-10-GM-2014) ist Schwindel durch Infraschall unter der Nummer T75.2 gelistet. Messungen von Infraschall im Umfeld von WKA sind nach der TA Lärm bisher nicht vorgesehen. In der „Machbarkeitsstudie zu Wirkungen von Infraschall“ des Umweltbundesamtes von 2014 wird unter anderem festgestellt, dass negative Auswirkungen von Infraschall im Frequenzbereich unter 10 Hz auch bei Schalldruckpegeln unterhalb der Hörschwelle nicht ausgeschlossen sind und so ein unverändert dringender Forschungsbedarf besteht. Die aus Lärm- und Infraschallbelastung erwachsenden gesundheitlichen Risiken sind unbestreitbar⁸ und erfordern einen ganzheitlichen Immissionsschutz.

Die derzeit geltenden Richtlinien der TA Lärm des Bundesimmissionsschutzgesetzes zur Messung und Bewertung von industriellen Lärmimmissionen treffen für WKA der neuen Generation nicht zu. Die Prognosegleichung der Lärmimmission gilt für Bauwerke mit bis zu 30 Metern Höhe und für punktförmige Schallquellen. Dieses trifft für WKA mit bis zu mehr als 200 Metern Gesamthöhe und Rotordurchmessern von 120 Metern nicht zu. Der höhere Lärm am Immissionsort wird von den Genehmigungsbehörden regelmäßig unterschätzt.

Das ständige Verweisen auf die Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaften vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, dass die geforderten Immissionsmessungen teilweise nicht, ungenügend oder extrem spät durchgeführt werden. Einer insbesondere von den Regierungsfractionen eingeforderten Akzeptanzsteigerung für Windkraftanlagen ist dies eher abträglich. Daher soll in Zukunft der Nachweis der Schallmessung zeitnah (binnen 3 Monaten) erfolgen und sich auch auf eine mögliche Infraschallbelastung erstrecken. Dabei ist durch moderne Messmethoden sicherzustellen, dass Echtwerte festgestellt werden. Dies ist auch geboten, da die Landesregierung gemäß ihrem Eid und Artikel 2 des Grundgesetzes verpflichtet ist, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden und gewissenhaft zu handeln.

Péter Vida
für die BVB/ FREIE WÄHLER Gruppe

⁷ berechnet auf Basis von TNS-Infratest 2012

⁸<https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/stressreaktionen-herz-kreislauf-erkrankungen>